

Medienmitteilung vom 13. April 2013

EDU-Parolen für den 9. Juni 2013

Die EDU sagt zweimal Ja

Unter der Leitung ihres Präsidenten Hans Moser fassten die rund 80 Delegierten der EDU Schweiz in Bauma ZH ihre Parolen für die Volksabstimmung vom 9. Juni 2013: Ja zur "Volkswahl des Bundesrates" und Ja zu den Änderungen des Asylgesetzes vom 28. September 2012. Am Nachmittag standen die statutarischen Geschäfte auf dem Programm.

Nach dem Grusswort von Hans Moser und dem Kurzwort von EDU-Kantonsrat Heinz Kyburz debattierten die EDU-Delegierten über die zwei Abstimmungsvorlagen vom 9. Juni 2013.

Volksinitiative vom 7. Juli 2011 "Volkswahl des Bundesrates": Ja

Nationalrat Christoph Mörgeli, SVP Zürich, amtierte als Pro-Referent: Was in den Kantonen bereits selbstverständlich ist, solle auch auf Bundesebene mit der Volkswahl des Bundesrates möglich sein. Dies im Sinne einer Verwesentlichung der Demokratie. Es sei nicht Aufgabe der gesetzgebenden Behörde den Bundesrat zu wählen, dies solle dem Schweizer Volk vorbehalten sein. Der Bundesrat wäre fortan dem Volk direkt verpflichtet und könnte es sich nicht mehr erlauben, Abstimmungsentscheide zu missachten oder Initiativen nicht umzusetzen. Zudem wäre die Westschweiz verfassungsmässig mit zwei Bundesratssitzen vertreten. Obwohl Kontra-Referent a. NR Markus Wäfler (EDU, ZH) dieser Initiative auch Gutes abgewinnen kann, ist er doch wegen folgenden Argumenten dagegen:

- Eine Volkswahl des Bundesrates „zerstöre“ ein im Prinzip sinnvolles und bewährtes Macht-Kontrollsystem zwischen Volk und Parlament!
- Die wichtigsten Standortfaktoren der Schweiz seien nicht tiefe Steuern, sondern politische Stabilität und ihre rechtsstaatliche Sicherheit, unser Rechtsstaat! Eine Volkswahl des Bundesrates beinhalte das Risiko von relativ willkürlichen Regierungswechseln!
- Es sei wichtiger, dass das Parlament seine Verantwortung für die Wahrung der Interessen unseres Landes wahrnehme, statt sich ständig um Machtinteressen der Parteien zu streiten! Unser Land brauche dringend eine handlungsfähige Regierung, die bei Druck und Angriffen von aussen von Parlament und Parteien unterstützt werde!
- Gesamthaft betrachtet führe sie zu keinen besseren Resultaten!

Die Delegiertenversammlung beschloss die Ja-Parole (Ja: 32, Nein: 27, Enthaltungen: 6).

Änderung vom 28. September 2012 des Asylgesetzes (AsylG): Ja

Pro-Referent a. NR Christian Waber: Die Schweiz müsse unbedingt ihre Attraktivität als Asylland reduzieren! Flüchtlingsströme würden immer mehr zunehmen, und immer in Richtung der Länder mit funktionierenden Strukturen in Wirtschaft, Politik und Sozialinstitutionen. Wir sollen die Flüchtlinge zwar lieben, sind aber auch der Gerechtigkeit verpflichtet, und der Fremdling“ dürfe unsere Gepflogenheiten und Rechtsprechung nicht ausnützen Dem hielt Frau Pfarrerin Verena Mühlethaler aus Zürich entgegen: „Den Flüchtling sollst du nicht unterdrücken“. Vor allem die im Gesetz geplante Abschaffung des Botschaftsverfahren würde den echten und schutzbedürftigen Flüchtlingen die Möglichkeit nehmen, Schutz und Asyl zu suchen. Ebenso gebe die Verschärfung des revidierten Asylgesetzes dem Bundesrat einen Freipass, die Verfahrensabläufe zu beschleunigen.

Die Delegierten beschlossen die Ja-Parole (Ja: 63, Nein: 1, Enthaltungen: 3).

Polit-Engagement:

Referendum zur Agrarpolitik 2014-2017

EDU-Kantonsrat Andreas Schnetzler informierte über das geplante Referendum gegen die neue Agrarpolitik 2014-2017. Wichtig sei, dass der Schweizer Bauernverband das Referendum ergreife. Die Delegierten befürworteten einstimmig die Unterstützung des Referendums wenn soweit, und übergaben den Lead in dieser Sache der Parteileitung.

Abstimmungskomitee gegen das "Epidemiengesetz"

Lisa Leisi rief die Delegierten auf, sich im Abstimmungskampf gegen das „Epidemiengesetz“ zu engagieren, der voraussichtlich nach den Sommerferien stattfinden werde. Denn eigentliche EDU-Grundanliegen wie Freiheit, Verantwortung, Familien- und Lebensschutz würden tangiert. Ein Abstimmungskomitee mit Mitgliedern aus den Kantonen BE, TG und ZH werde gegründet, in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen wie „Bürger für Bürger“.

Volksinitiative "Lebensschutz stopft Milliardenloch", Referendum gegen die 100-Franken-Vignette. Beide Anliegen erhielten kein Gehör bei den Delegierten und sollen nicht unterstützt werden.

Am Nachmittag standen die statutarischen Geschäfte wie Jahresbericht des Präsidenten, die Jahresrechnung 2012 sowie Wahlen in die Geschäftsleitung auf dem Programm.

Für Rückfragen wenden Sie sich an:

Hans Moser, Präsident EDU Schweiz, 079 610 42 37
Alt Nationalrat Christian Waber, 079 411 00 30
Alt Nationalrat Markus Wäfler, 079 331 58 79